

## **Der neue deutsche Kult**

### **Vor dem Weltklimatag: Wie wir mit missionarischem Eifer in einen Öko-Gottesstaat marschieren**

**Kurt Zach**

Die „Klimaschutz“-Fanatiker haben den öffentlichen Diskurs fest im Griff. Schon Wochen vor dem Großaufmarsch der „Fridays for Future“-Truppen am 20. September ist die Propagandamaschinerie auf Hochtouren gelaufen: „Klimaschutz“ auf allen Kanälen und in allen Sendeformaten; ganze Heerscharen von „Klima-Experten“ verbreiten ihre alarmistischen Botschaften bis hinunter in die letzten Lokalzeitungen.

Die etablierten Parteien wetteifern um den grünsten Anstrich, mit der CSU und ihrem Chef-Wendehals Markus Söder als gelehrigstem Adepten vorneweg; sogar die dauerverspätete Bahn ergreift die Chance zur Imagekorrektur, lackiert den ICE rot-grün, erzählt Märchen vom Fahren mit „Ökostrom“ und streicht ihren Beitrag zum „Klimaschutz“ heraus – ist ja auch billiger, als in bessere Züge, mehr Personal und eine funktionierende Infrastruktur zu investieren.

Und in den Schulen mobilisieren Elternvertreter und Lehrer ihre Schüler und deren Erziehungsberechtigte. Weltanschauliche Neutralität der Schule und Wissensvermittlung vor Meinungsindoktrination – das war einmal. Wer wollte auch mit so kleinlichen Einwänden kommen, wo es doch gilt, mal wieder die Welt zu retten.

Mit „Wissenschaft“ hat das alles nicht mehr zu tun. Es geht um Glaubensfragen; aber nicht im Sinne eines „Jeder nach seiner Façon“, sondern nach der Parole „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“. Wer es wagt, „Klimamodelle“ zu hinterfragen, die Welt-Durchschnittstemperaturen in fünfzig oder hundert Jahren prognostizieren wollen, wo doch nicht einmal das Wetter in drei Tagen zuverlässig vorausgesagt werden kann, wer Skepsis äußert, wie es durch politische Entscheidungen möglich sein soll, die in einigen Jahrzehnten herrschenden Klimaverhältnisse zu beeinflussen, der ist „Klimaleugner“ und verfällt der sozialen Ächtung.

Die „Klimaschutz“-Welle hat einen Grad an Hysterie erreicht, der an Endzeit-Sekten erinnert. Das verbissene Eiferertum und die fanatische Unbedingtheit der Protagonisten legt davon beredtes Zeugnis ab. Wer ihren Maximalforderungen widerspricht, dem wird unterstellt, mindestens den Weltuntergang oder doch die Vernichtung der Menschheit billigend in Kauf zu nehmen. Eine Abwägung von Fakten und eine nüchterne Auseinandersetzung mit den Grenzen des Machbaren ist auf dieser Grundlage gar nicht mehr möglich.

So wie unter dem Eindruck der Bußpredigten eines Savonarola die eingeschüchterten wohlhabenden Florentiner Bürger eifertig ihre Kunstschatze und Luxusgüter auf den Scheiterhaufen geworfen haben sollen, um der ewigen Verdammnis zu entgehen, so

sprießen im Deutschland unserer Tage allerorten Fastenprediger hervor, die mit apokalyptischer Selbstgewißheit dazu auffordern, den eigenen Wohlstand auf dem Altar des Klimas zu opfern und lieber die Autoindustrie zu zerstören und das produktive Gewerbe aus dem Land zu treiben, als auch nur einen Millimeter von ihrem ideologischen Rigorismus abzuweichen.

Wie jede totalitäre und manichäische Weltanschauung, die nur Gut oder Böse, Freund oder Feind, Gefolgschaft oder Ketzerei kennt, bilden Jugendliche die Speerspitze der Bewegung. Junge Menschen sind im positiven wie im negativen Sinne leichter zu begeistern, zu manipulieren oder zu indoktrinieren, besonders wenn man ihnen schon im Schulunterricht Wissen vorenthält, aus dem sie sich eine eigene Meinung bilden könnten, und sie gleich mit Ideologie und Propaganda füttert.

Auch Savonarola bediente sich im Florenz der Renaissance einer fanatisierten Kinderarmee, um seine Vision eines asketischen Gottesstaates durchzupeitschen. Die einfältige Ergebenheit, mit der Medienleute und Politiker ergriffen den unausgegorenen Maximalforderungen frühverhärmter Jungaktivisten – von „Kohleausstieg sofort“ bis „alle Autos verbieten“ – lauschen, zeigt letztlich nur, wie dünn der Firnis der Aufklärung ist und wie nah der totalitäre Ungeist samt der Versuchung, ihm wieder zu erliegen.

Der Kult um das Klima bedeutet freilich nicht, daß dahinter nicht handfeste Interessen stecken. Das gilt nicht nur für militante Linksextremisten, denen auch diese Strömung als Vehikel für vulgärmarxistisch gerechtfertigten Straßenterror gerade recht kommt und sogar der systematischen Zerstörung des automobilen Eigentums anderer die willkommene höhere Rechtfertigung liefert. Für die etablierte Politik lautet das Destillat aus der Klima-Hysterie: Steuern erhöhen und den in Panik versetzten Bürgern noch mehr Geld abpressen und Beschränkungen auferlegen; Abblatzahlungen eintreiben, die jetzt sofort ausgegeben werden können, ohne daß der Beweis für die versprochene Wirkung jemals angetreten werden muß.

Der selbstzerstörerische Perfektionismus, mit dem die „Klimaschutz“-Ideologie gerade in Deutschland exekutiert wird, wirkt auf Beobachter von außerhalb nicht von ungefähr befremdlich und „typisch deutsch“. Deutsch sein heiße, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, sagte man im 19. Jahrhundert; „weil wir es können“, sagt der Bundesfinanzminister, darauf angesprochen, warum man denn den Kohleausstieg unbedingt durchziehen wolle, während weltweit fossile Kraftwerke wie Pilze aus dem Boden schießen.

Zum deutschen Wesen, an dem immer wieder mal die Welt genesen soll – unterhalb der „Menschheitsaufgabe“ und der Rettung des „Planeten“ geben sich weder Merkel noch die Grünen zufrieden –, gehört leider auch die Unart, Irrwege rechthaberisch bis zum bitteren Ende zu gehen und den angerichteten Schaden zu maximieren.

Soweit muß es aber nicht kommen. Umfragen deuten darauf hin, daß die Bereitschaft der Deutschen, im Namen oktroyierter höherer Ziele vorsätzlich zu verarmen, sich denn doch in Grenzen hält. Möglicherweise sind die Bußprediger und Savonarolas des Klimawahns derzeit gerade deswegen so schrill und fanatisch, weil ihnen immer weniger Leute überhaupt noch zuhören wollen.

## **„Die soziale Frage beantworten“**

**Thüringen I: AfD-Wahlprogramm für Landtagswahl als bundespolitischer Fingerzeig / Linkspartei liegt vorne**

**Björn Harms**

Das ZDF-Interview mit dem Thüringer Landessprecher der AfD, Björn Höcke, läuft gerade zehn Minuten, da tritt Höckes Pressesprecher auf den Plan. Er protestiert, noch während die Kameras laufen: Die angesprochenen Themen seien vorher nicht angekündigt worden, wirft er dem ZDF-Interviewer an den Kopf. Der widerspricht. Alles sei vorab genauestens geklärt worden.

Im Interview, das am Sonntag in der Sendung „Berlin direkt“ ausgestrahlt wurde, wird versucht, dem AfD-Politiker sprachlich eine Nähe zur NS-Rhetorik nachzuweisen. Schließlich nutze auch Höcke Begriffe wie „entartet“ oder „Lebensraum“. Das Gespräch dreht sich irgendwann im Kreis. Höcke bricht das Interview schließlich ab, weil auch er von einem anderen Schwerpunkt ausgegangen war. Sein Sprecher habe ihm gesagt, es gehe „um Landtagswahlen und es geht vor allen Dingen um den Wahlkampf“. Doch falsch gedacht.

Dabei gäbe es über den Thüringer Wahlkampf der AfD eine Menge zu berichten. Das vor zwei Wochen vorgestellte Wahlprogramm hat es durchaus in sich – vor allem aus innerparteilicher Sicht. Denn die zentralen Thesen des Papiers könnten die Diskussion um die wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung der Gesamtpartei erneut befeuern.

„Die heutige soziale Frage muß dringend beantwortet werden“, lautet eine der zentralen Forderungen im Wahlprogramm. Großangelegte Reformen seien aufgrund der „Schiefelage der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung“ notwendiger denn je. „Die Altparteien-Politik der Agenda 2010 hat neue Gerechtigkeitslücken geschaffen.“

Der Landesverband bekennt sich in seinem Wahlprogramm zu einer sozialen Marktwirtschaft, die auf „Privateigentum, Eigeninitiative und persönlicher Leistung“ beruht. Der dadurch erlangte Wohlstand dürfe jedoch für die Erwerbstätigen „weder durch übermäßige Steuerbelastung beschnitten werden, noch dadurch, daß abhängig

Beschäftigte nicht angemessen entlohnt werden“. Diese unzureichende Lohnentwicklung und „die lückenhafte Besteuerung von Großunternehmen“ seien eine wesentliche Ursache der „Finanzierungsprobleme unseres Sozialstaates“, heißt es weiter.

Überhaupt steht der Sozialstaat an vielen Stellen des Wahlprogramms im Fokus. So will der Landesverband unter anderem ein Familiendarlehen einführen, dessen Rückzahlung sich in Abhängigkeit von der Kinderzahl verringert. Klare Kante zeigt die Partei auch beim Rentenkonzept: „Wir stehen zur umlagefinanzierten Rentenversicherung!“, heißt es in dem Papier. Die „Finanzierungsbasis des Rentensystems“ müsse „erweitert“ werden. Zudem dürften „private Rentenprodukte wie die sogenannte Riester- und die Rürup-Rente nicht länger staatlich subventioniert werden“.

### **CDU droht schlechtestes Ergebnis seit der Wende**

Klar ist: Über die Rente kann nur im Bund entschieden werden, noch hat sich Höcke in der Bundespartei nicht durchsetzen können. Der Widerstand, insbesondere von Parteichef Jörg Meuthen, der eine langfristige Überwindung der Umlagerente befürwortet, ist groß. Zur Klärung der Frage hätte am vergangenen Wochenende eigentlich der Sozialparteitag stattfinden sollen. Doch sehr zum Ärger Höckes wurde das Treffen durch den Bundesvorstand ins kommende Jahr verschoben. Die Fronten zwischen „Wirtschaftsliberalen“ und „Sozialpatrioten“ bleiben verhärtet.

Beinahe kuschelig ging es dagegen am Montag abend im MDR zu, als die thüringischen Spitzenkandidaten aller im Landtag und im Bundestag vertretenen Parteien erstmals aufeinandertrafen. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) warb hier in trauter Dreisamkeit mit den Spitzenkandidaten der Grünen und der SPD für ein rot-rot-grünes Bündnis.

Weil die letztgenannten Parteien laut der jüngsten Dimap-Umfrage jedoch nur auf acht bzw. sieben Prozent kämen, hätte die Koalition mit 43 Prozent derzeit keine Mehrheit. Ein Bündnis mit der AfD haben bereits alle Parteien ausgeschlossen. Die Linkspartei hält sich stabil auf Platz eins, insbesondere Ramelow erfreut sich in der Bevölkerung großer Beliebtheit. Zwei von drei Thüringern (65 Prozent) sind mit ihrem Ministerpräsidenten zufrieden bis sehr zufrieden.

Der vom Thüringer CDU-Chef Mike Mohring propagierte „Aufbruch 2019“ könnte dagegen schon gescheitert sein, bevor er überhaupt so richtig anfing. In den derzeitigen Umfragen liegt seine Partei bei rund 22 Prozent. Die CDU dürfte bei den Landtagswahlen am 27. Oktober genau wie die SPD den niedrigsten Wert seit dem Mauerfall einfahren.

Gemäß der Dimap-Umfrage sind den Thüringern drei Themen am wichtigsten, die auch in der MDR-Sendung heiß diskutiert wurden: Bildung, Einwanderung und die

Stärkung des ländlichen Raums. Fast alle Parteien haben in ihren Wahlprogrammen ausführlich dazu Stellung bezogen. Einigkeit herrschte am Montag auch darüber, daß nach der gescheiterten Thüringer Kreisgebietsreform – die rot-rot-grüne Koalition wäre daran fast zerbrochen (JF 35/17) – alle künftigen Zusammenschlüsse von Kreisen, nur freiwillig und unter Beteiligung der Bürger möglich sein sollten.

Die CDU verspricht zusätzlich allen Thüringern, die ihren Wohnsitz zurück in ihre Heimat verlegen, eine Rückkehr-Prämie von 5.000 Euro, während die AfD mit einer geplanten „Abschiebeinitiative 2020“ aufhorchen läßt. Eines jedoch hatte das MDR-Gespräch dem ZDF-Interview mit Björn Höcke voraus: Es ging um konkrete Inhalte des Thüringer Wahlkampfes, diverse Vorwürfe blieben außen vor. Kein Grund also für Höckes Pressesprecher, hier einzugreifen.

## **Von langer Hand geplant**

**Keine Graswurzelbewegung: Ein Blick auf die Hintergründe der „Fridays for Future“-Initiative / Dritter und letzter Teil der JF-Reihe  
Hinrich Rohbohm**

Gut ein Jahr ist es her, als die „Fridays for Future“-Bewegung mit ihren Demonstrationen begann. Wie Pilze schossen lokale Bündnisse in immer neuen Städten aus dem Boden, zogen Scharen von Schülergruppen durch die Straßen. Eine rasch wachsende Graswurzelbewegung, die den Klimaschutz in die Köpfe von Politik und Medien bringt. So scheint es.

Doch was nach außen als vermeintliche Graswurzelbewegung verkauft wird, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als geschickt inszenierte PR-Strategie. Denn die Klimademonstrationen sind alles andere als spontan. Ihre Anführer kommen zumeist aus der Grünen Jugend, von Greenpeace oder dem BUND.

Astroturfing heißt die Zauberformel, mit der es der FFF-Bewegung und den Grünen gelingt, die politischen Parteien vor sich herzutreiben. Dabei handelt es sich bei dem Begriff Astroturf eigentlich um einen Markennamen für Kunstrasen. Ein Name, der gerade deshalb so passend ist, weil die in Deutschland noch wenig bekannte PR-Methode darauf abzielt, eine künstliche Graswurzelbewegung herzustellen.

Neu ist das eigentlich nicht. Schon Mitte der achtziger Jahre sah sich der texanische US-Senator Lloyd Bentsen mit einer Fülle von an sein Büro adressierter Briefe konfrontiert. Briefe von normalen, scheinbar unabhängig voneinander agierenden Personen, die ihn davon zu überzeugen versuchten, sich stärker mit den Interessen der Versicherungswirtschaft zu befassen.

## **Al Gore bildet sogenannte „Klimaführer“ aus**

„Ein Texaner kennt den Unterschied zwischen Graswurzeln und Astroturf. Das ist alles fabrizierte Post“, hatte der Politiker damals unerschrocken entgegnet und so den heutigen Begriff geprägt.

Mit anderen Worten: Die Öffentlichkeit wird dahingehend manipuliert, daß sie glaubt, bei der FFF-Bewegung handele es sich um spontan organisierte Einheiten, die zeitgleich an verschiedenen Orten entstehen. Tatsächlich sind es von langer Hand geplante und gut koordinierte Aktionen international agierender Klimaschutzorganisationen.

Organisationen, die durch die Methode des Astroturfing Emotionen schüren und in der Gesellschaft eine Klimahysterie erzeugen, die vor allem in Deutschland den Grünen zu hohen Wahlergebnissen verhilft und ihnen die nötigen Mehrheiten zur Umgestaltung der Demokratie in eine grüne Republik mit ökosozialistischem Antlitz ermöglicht. Mit seinem Climate Reality Project, der Ausbildung sogenannter „Klimaführer“ und seinem Globe-Programm, an dem über 23.000 Schulen in mehr als hundert Ländern beteiligt sind, spielt der ehemalige amerikanische Vizepräsident Al Gore hier eine maßgebliche Rolle.

Einer der maßgeblichen politischen und finanziellen Förderer der Familie Gore war über lange Zeit der Präsident der amerikanischen Ölgesellschaft Occidental Petroleum, Armand Hammer, dessen Mittel den Aufstieg von Al Gores Vater Albert Arnold Gore senior zum Kongreßabgeordneten und späteren Senator von Tennessee stark begünstigten.

Hammer, dem in Moskau der Lenin-Orden verliehen worden war, stand in den USA mehrfach im Verdacht, ein Agent der Sowjetunion zu sein. Schon sein Vater Julius Hammer war überzeugter Marxist, hatte das zaristische Rußland Ende des 19. Jahrhunderts verlassen. In Amerika gehörte er der Socialist Labour Party an, zählte außerdem zu den Mitbegründern der Kommunistischen Partei der USA. Armand Hammer selbst galt als enger Freund Lenins. „Wenn er mir befohlen hätte, aus dem Fenster zu springen, hätte ich es wahrscheinlich getan“, schrieb er in seinen Memoiren.

Als in den sechziger Jahren der damalige FBI-Chef Edgar Hoover Hammers verdächtige Verbindungen nach Moskau untersuchen lassen wollte, war es Al Gore senior, der ihn im Senat leidenschaftlich verteidigte. Und als Gore senior 1970 aus dem Senat ausschied, verschaffte Hammer ihm eine mit 500.000 Dollar Jahresgehalt dotierte Stelle bei einer Tochtergesellschaft von Occidental Petroleum.

Auch Al Gore junior, der nach dem Tod seines Vaters ein Occidental-Aktienpaket von bis zu 500.000 Dollar erbte, sollte sich für den Industriellen mächtig ins Zeug legen. Unter anderem setzte er sich für die Erschließungspläne von Occidental im

regenwaldreichen Grenzgebiet zwischen Kolumbien und Venezuela ein. Klimaschutz? Fehlanzeige.

Armand Hammer gehörte auch der vom letzten sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow auf den Weg gebrachten Internationalen „Stiftung für das Überleben und die Entwicklung der Menschheit“ an, finanzierte unter anderem dessen Büro in New York. Die Stiftung gilt unter anderem als wegbereitende Institution für den Rio-Gipfel 1992. Gorbatschow selbst forderte im Januar 1990 die „Vorbereitung eines internationalen Kodex ökologischer Ethik“, um „das Leben im 21. Jahrhundert nach neuen Gesetzen aufzubauen.“

### **Gorbatschow und Strong hatten Idee für Rio-Gipfel**

Die Idee für den Rio-Gipfel hatte Michail Gorbatschow zusammen mit Maurice Strong entworfen, einem kanadischen Marxisten und Geschäftsmann. Wie Armand Hammer agierte er als Marxist und Kapitalist zugleich. Und wie Hammer war er als Vorstandsvorsitzender von Petro-Canada im Ölgeschäft tätig. „Von der Ideologie her bin ich Sozialist, vom Lebensstil und der Methode her ein Kapitalist“, ist von ihm als Aussage belegt. Ebenfalls im Vorfeld des Rio-Gipfels wurde Gorbatschows Idee vom Club of Rome mit einem entsprechenden Bericht unterstützt.

Der Name des Berichts: „Die erste globale Revolution.“ Sein Inhalt läßt aufhorchen. „In ihrer heute praktizierten Form ist die Demokratie für die vor uns liegenden Aufgaben nicht mehr besonders gut geeignet“, heißt es dort etwa. Gorbatschow und Strong gehörten beide dem Club of Rome an.

Maurice Strong gilt als zentrale Schlüsselfigur der weltweiten Klimaschutzkampagne. Schon 1972 leitete er die Stockholm-Konferenz, wurde im gleichen Jahr Generaldirektor des Umweltprogramms der UN. Jenes Umweltprogramms, das 1988 gemeinsam mit der Weltorganisation für Meteorologie den Weltklimarat (IPCC) ins Leben gerufen hatte.

Seine ältere Cousine Anna-Louise Strong zählte einst zu den einflußreichsten Kommunisten der USA. Die US-Journalistin lebte die meiste Zeit über in Moskau und Peking, war mit dem sowjetischen Landwirtschaftsminister Joel Shubin verheiratet, zudem mit Mao Tse-tung und Chou En-lai als auch mit Leo Trotzki eng befreundet. So war es nicht sehr verwunderlich, als ihr Cousin Maurice Strong 1992 auf Wunsch von China und Rußland UN-Generalsekretär werden sollte. Das Vorhaben scheiterte. Doch fünf Jahre später wird Strong schließlich stellvertretender UN-Generalsekretär.

1992 leitet er den Rio-Gipfel, auf dem die Klimarahmenkonvention verabschiedet wird. Jene Konvention, die fünf Jahre später dem Kyoto-Protokoll als Grundlage diente, in dem erstmals völkerrechtlich verbindliche Höchstmengen für den Kohlendioxidausstoß der westlichen Industrieländer festgelegt wurden. Diese wurden nun dazu verpflichtet

ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken. Davon ausgenommen: die Großmächte Rußland und China.

### **In China demonstriert eine einsame Schülerin**

Vielmehr gestattete das Kyoto-Protokoll diesen Staaten sogar, ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß noch zu erhöhen und ungenutzte Emissionsquoten im internationalen Emissionshandel künftig zu verkaufen. Maßgeblich für das Zustandekommen des Kyoto-Protokolls eingesetzt hatte sich vor allem die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Der Leiter für Allgemeine Wirtschaftspolitik und Wissenschaft beim Energiekonzern RWE, Hans-Wilhelm Schiffer kritisierte damals, daß sich daraus „ein massiver Einkommens-transfer aus der EU nach Rußland“ ergebe.

Ein Transfer, der sich durch das Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 weiter verschärft. Jährlich 100 Milliarden Euro sollen die westlichen Industrieländer von 2020 bis 2025 für den Umbau der Energieversorgung zur Verfügung stellen. Geld, das in die sogenannten Entwicklungsländer fließen soll, während der mit Abstand größte CO<sub>2</sub>-Verursacher China lediglich auf „freiwilliger Basis“ finanzielle Unterstützung leisten brauche.

Ein Umstand, der eigentlich nach einer mächtigen „Fridays for Future“-Demonstration in China verlangen würde. Tatsächlich demonstriert dort die 16 Jahre alte Schülerin Howey Ou vor dem Regierungsgebäude der Stadt Guilin in der Provinz Guangxi. Allein.

Teil 1 der Serie über Meinungsmanipulation in klimarelevanten Beiträgen bei Wikipedia erschien in der JF-Ausgabe 37/19, Teil 2 über die Hintermänner von Deutschlands führenden Klimaaktivisten in JF 38/19.

## **Voltpädagogik hemmt das Verstehen**

**Nationalsozialismus: Ein niederländisches Museum zeigt die Ausstellung „Das Design des Dritten Reiches“**

**Karlheinz Weißmann**

Wenn es eine Kunstaussstellung in den Niederlanden zu einer Meldung im „Heute-Journal“ wie in der Bild-Zeitung gebracht hat, muß es sich um etwas ganz Besonderes oder um etwas ganz Skandalöses handeln. Im Fall der neuen Exposition des Design-Museums 's-Hertogenbosch geht es um eine Mischung aus beidem: Man zeigt „NS-Design“, vom Kandelaber aus Himmlers Wewelsburg über mehr oder weniger



bekannte Plakate und Parteifahnen bis zum Holzmodell eines Hauses, das in der geplanten Hauptstadt „Germania“ errichtet werden sollte.

Das Interesse an der Ausstellung ist groß. Eintrittskarten sind nur vorab via Internet zu bekommen und schon über längere Strecken ausverkauft. Fragt man nach der Ursache, liegt natürlich der Hinweis auf den Reiz des Verbotenen nahe. In einer Welt, in der alles, was mit dem nationalsozialistischen Regime zusammenhängt, als kontaminiert gilt, darf Aufmerksamkeit erwarten, wer dessen schöne Seite zeigen will.

### **Hitler wollte das Alltagsleben verändern**

Dazu haben die Verantwortlichen des Museums weit ausgeholt und sind bis in „Kampfzeit“ zurückgegangen. Ein Thema ist etwa die „Marketing“-Strategie, die hinter der offiziellen Darstellung Hitlers stand, ein anderes die Entwicklung der NS-Symbole von amateurhaften Anfängen bis zum „Markenzeichen“. Zwecks Illustration findet der Besucher in einer Vitrine deshalb Beispiele für die Verwendung des Hakenkreuzes in den völkischen Gruppierungen der Kaiserzeit und das ungelent auf einen Stahlhelm der Brigade Ehrhardt gemalte Emblem genauso wie die Entwürfe des Parteiabzeichens durch die Silberschmiede Gahr in München.

Aufschlußreicher sind allerdings die Abteilungen, die die Zeit nach der Machtübernahme behandeln. Dabei werden so unterschiedliche Aspekte wie die Aneignung der Antike im Kontext der Olympischen Spiele, die Repräsentation der Deutschen als Kulturvolk auf der Pariser Weltausstellung von 1937 und die Konzeption des Stahlhelms der Wehrmacht behandelt. Aber es geht auch um die Diskrepanz zwischen der bewußt reduzierten Gestaltung, die das Amt „Schönheit der Arbeit“ der DAF vorgab, der martialischen Ikonographie der SS und dem barocken Repräsentationsbedürfnis der „Goldfasane“.

Zuletzt zeichnen sich zwei Haupttendenzen deutlich ab: die Anstrengung, ein staatliches corporate design zu entwerfen und gegen alle Abweichler in den eigenen Reihen – daher das Verbot jeder Art „Nazi-Kitsch“ – durchzusetzen, sowie die Entschlossenheit, mit der Hitler den Plan verfolgte, Deutschland ein zeitgemäßes Gesicht zu geben. Selbstverständlich duldete er Folklore, wenn das nützlich war, und Blut-und-Boden-Kult, wenn ihm das Gefolgschaft sicherte. Aber zuletzt ging es ihm darum, das Alltagsleben der „Volksgenossen“ zu verändern und sie an eine Ästhetik zu gewöhnen, die ihre Kriterien aus der technischen Welt bezog. Das zur Geltung gebracht zu haben, wird man als entscheidendes Verdienst der Ausstellung in 's-Hertogenbosch betrachten dürfen.

Allerdings handelt es sich um ein Verdienst, das die Verantwortlichen gar nicht erwerben wollten. Denn deren Angst vor der Wirkung ihrer Exponate ist wesentlich größer als die Bereitschaft zu einer sachlichen Beschäftigung mit der Thematik. Der Ausstellungsbesucher ahnt das schon, wenn er das Museum betritt und die angespannte Atmosphäre registriert. Die Zahl der Aufsichtführenden ist

außergewöhnlich groß, mit Argusaugen wird darüber gewacht, daß niemand fotografiert. Bezeichnenderweise existiert kein Katalog, und im unvermeidlichen Museumshop fällt als erstes ein Buch ins Auge, das auf dem Umschlag die Buchstaben „KL“ – für Konzentrationslager – in gotischen Lettern zeigt.

Um gar keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, wird auf einer Schrifftafel zu Beginn der Ausstellung festgehalten, daß man im NS-Regime nichts anderes als das „ultimative Böse“ sehen könne und es keineswegs das Ziel sei, „das Böse zu nuancieren“. Wenn hinzugefügt wird, daß es abwegig sei, den von Hitler und seiner Gefolgschaft verwendeten Emblemen oder den zwischen 1933 und 1945 hergestellten Gegenständen eine „intrinsische Börsartigkeit“ zu unterstellen, ist das nur ein Ausdruck von Hilflosigkeit, hat jedenfalls nichts mit der Bereitschaft zur Analyse zu tun.

Daher rührt auch die Tendenz, die mögliche Faszination der Ausstellungsstücke sofort zu brechen. Selbst der Autobahnbau muß mit „Vernichtung“ assoziiert werden, und die deutsche Feindschaft gegenüber dem „Aufklärungsideal des Verstandes und der Vernunft“ wird als eine Art Generalerklärung betrachtet. Gelungene Formgebung beruht letztlich auf „Aneignung“ fremden Gedankenguts oder einem Selbstmißverständnis, da hinter der Verknüpfung von Gestalt und Benutzer seit je eine „vollkommen marxistische Argumentation“ gestanden habe. Weshalb nicht überrascht, was man dem Besucher als Quintessenz mit auf den Weg gibt: „Das rassistische und romantische Ideal der Nazis kann als heftiger Gegensatz zur aufstrebenden Modernität des Lebens betrachtet werden.“

Daß diese Feststellung nicht stimmen kann, wird jedem Besucher allerdings schon im Foyer des Museums demonstriert. Dort hat man unter einem roten Banner einen „Käfer“ plaziert, also jenen Kraft-durch-Freude-Wagen, der bis 1938 fertig entwickelt, in der Kriegszeit für den militärischen Gebrauch umgerüstet und dann in der zivilen Version zum Objekt allgemeiner Begierde der Wirtschaftswunderdeutschen wurde. Hätte man sich diesem Moment der Kontinuität in 's-Hertogenbosch gestellt, wäre viel von der außerordentlichen Integrationskraft des NS-Regimes verständlich geworden, die eben nicht auf dessen archaisierende Züge zurückzuführen war, sondern auf eine spezifische Form der „Amerikanisierung“ der „Volksgemeinschaft“.

### **Wissenschaftliche Forschung ignoriert**

Aber das vorausgesetzt, müßte man die bequemen Antagonismen Deutschland – Der Westen, Romantik – Aufklärung, Antimoderne – Moderne, Schwarz – Weiß aufgeben. An denen festzuhalten spricht für Ahnungslosigkeit, aber auch für die Vergeblichkeit wissenschaftlicher Forschung. Denn die seit den 1980er Jahren unternommenen Anstrengungen, ein wirklichkeitsnäheres Bild des „Dritten Reiches“ zu entwerfen, müssen offenbar als gescheitert betrachtet werden. Das gilt für die Darstellungen zur Alltagsgeschichte der Deutschen (vor allem Hans Dieter Schäfer: „Das gespaltene Bewußtsein“, 1981), für die theoretischen Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Nationalsozialismus und Modernität (vor allem Rainer Zitelmann und Michael

Prinz, Hrsg.: „Nationalsozialismus und Modernisierung“, 1991), aber auch für den kunsthistorischen Vergleich, der feststellte, daß Albert Speers Reichskanzlei bei nüchterner Betrachtung erstaunliche Ähnlichkeit mit repräsentativen Gebäuden nicht nur im faschistischen Italien und der Sowjetunion aufwies, sondern sich auch Parallelen zur Staatsarchitektur in Helsinki oder Washington zeigen lassen (vor allem Franco Borsi: „Die monumentale Ordnung“, 1981).

Ohne Zweifel hat man in 's-Hertogenbosch eine wichtige Chance vergeben. Was aber kein Zufall ist, sondern ein weiteres Ergebnis jener linken Kulturrevolution, die auch die „Historisierung“ des Nationalsozialismus unterbunden hat. In der achten Dekade nach dessen Untergang dominiert noch immer eine volkspädagogisch-moralisierende Betrachtung, die dafür sorgt, daß jedes Objekt, das irgendwie mit Hitler in Zusammenhang gebracht wird, nie für sich, sondern nur mit Abscheu oder jenem leichten Grusel betrachtet werden kann, der zwar das Interesse wachhält, aber Verstehen unmöglich macht. Gehemmt wird so, was man Erkenntnis nennt, und gefördert jene kurzschlüssige Nutzenanwendung der Vergangenheit, die in 's-Hertogenbosch nicht einmal vor der Verknüpfung des alten mit dem neuen – selbstverständlich populistischen – Bösen zurückscheut.

Die Ausstellung „Design of the Third Reich“ ist bis zum 19. Januar 2020 im niederländischen Design Museum Den Bosch, De Mortel 4, 5211 HV 's-Hertogenbosch, täglich außer montags von 11 bis 17 Uhr zu sehen. Der Eintritt kostet 10 Euro, die Karten müssen online vorgebucht werden.

<https://designmuseum.nl>